



# Landtags-Infoblatt

## Abschaffung der Wohnbeihilfe

### KPÖ will Rechtsmittel ergreifen

Zweifel an Verfassungskonformität des Gesetzes – Protestaktion und tausende Unterschriften gegen Streichung der Wohnbeihilfe

SPÖ und ÖVP haben sich darauf geeinigt, die Wohnbeihilfe in der Steiermark abzuschaffen. Sie soll durch eine „Wohnunterstützung“ ersetzt werden, für die strengere, undurchsichtige und teilweise willkürliche Zugangskriterien gelten. Nicht nur für Studierende, für den Großteil der Betroffenen wird der Bezug massiv erschwert. Daran ändert auch die vermeintliche „Entschärfung“ nichts, die Soziallandesrätin Kampus am 4. Juli bekanntgegeben hat.

Insgesamt werden deutlich weniger Steirerinnen und Steirer Wohnunterstützung bekommen, und diese wird in den meisten Fällen spürbar geringer ausfallen als bisher. Durch die Einbeziehung des Vermögens kommt es zusätzlich zu einer Stigmatisierung wie bei der Mindestsicherung. Dies war bei der bisherigen Wohnbeihilfe nicht der Fall.

Der Kommunistische StudentInnenverband hat in nur vier Tagen 4500 Unterschriften gegen diesen unsozialen Eingriff gesammelt.

Vor Beginn der Landtagssitzung am 5. Juli 2016 fand auf Einladung der KPÖ eine Kundgebung vor dem Landhaus statt. 200 Menschen fanden sich am Vormittag ein, um gegen das neueste Kürzungspaket zu protestieren. Der Zeitpunkt musste so früh gewählt werden, da während der Landtagssitzung, die um 10 Uhr begann, keine Kundgebungen in der Nähe des Landtags erlaubt sind.

In ihrer Wortmeldung kündigte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler an, sich für eine Rücknahme des neuen Gesetzes einzusetzen: „Wir erleben wir Neuaufgabe der Reformpartnerschaft, das Kürzen auf Kosten der Ärmsten und der Bildung. Studierende die Wohnbeihilfe zu streichen ist nicht nur ein soziales Problem, sondern auch eine Ansaage: Wenn deine Eltern nicht reich



Mit einem spontanen Protest vor dem Landhaus reagierte die KPÖ auf die Überfallsartige Ankündigung der Landesrätin, die Wohnbeihilfe abzuschaffen und durch eine (schlechtere) Wohnunterstützung zu ersetzen.

genug sind, um dir eine Wohnung zu zahlen, hast du auf unseren Unis und Fachhochschulen nichts verloren.“

Den KPÖ-Antrag auf ein Begutachtungsverfahren, wie es für Gesetzesänderungen vorgesehen ist, lehnten SPÖ und ÖVP im Sozialausschuss ab, der vor Beginn der Landtagssitzung tagte.

Die KPÖ zweifelt daran, dass das Gesetz verfassungskonform ist: Es lässt dem Verordnungsgeber völlig freie Hand in Bezug darauf, wie die geforderte Bewertung des Vermögens gehandhabt werden soll. Auch die Bestimmungen über das Einkommen sind im Gesetz äußerst vage. Die Bundesverfassung schreibt jedoch vor, dass die Verwaltung auf der Grundlage von Gesetzen ausgeübt werden muss (Legalitätsprinzip). Aus dem Gesetz müssen alle wesentlichen Merkmale der beabsichtigten Regelung ersehen werden können. Eine Verord-

nung darf nur präzisieren, was in wesentlichen Konturen vom Gesetz vorgegeben ist. Das ist seit Jahrzehnten vom VfGH ausjudiziert. Das steirische Gesetz über die Wohnunterstützung erfüllt diese Bedingung nicht. Auch die Streichung der Unterstützung für Studierende ist systemwidrig und willkürlich.

„SPÖ und ÖVP wissen offenbar nicht, was sie hier anrichten. Dieses Husch-Pfusch-Gesetz ohne Begutachtung durch den Landtag zu peitschen wird sich bitter rächen. In der Steiermark braucht sich wirklich niemand mehr darüber zu wundern, dass die Regierung jedes Vertrauen verspielt hat. Durch willkürliche Kürzungen wird das Sozial-, Bildungs- und Gesundheitssystem systematisch zerschlagen. Das ist nicht die Politik, für die die Regierung gewählt worden ist und die die Bevölkerung unterstützt“, so Klimt-Weithaler.

# KPÖ warnt vor Budgetexperimenten auf Kosten der Gesundheit

**Claudia Klimt-Weithaler: „Bevölkerung hat von Landesregierung nichts Gutes zu erwarten“**

Der steirischen Landesregierung unter Landeshauptmann Schützenhöfer fehlen 500 Mio. Euro im Budget. Die Wohnbeihilfe wurde schon zusammengestrichen. Noch radikaler will die Regierung bei der Gesundheit vorgehen: Jedes zweite Krankenhaus soll zugesperrt werden.

Die großspurigen Ankündigungen der „Reformpartnerschaft“ unter Ex-Landeshauptmann Franz Voves haben sich in Luft aufgelöst.

LH Schützenhöfer und Spitallandesrat Drexler haben keinen Zweifel daran gelassen,

dass sie drastische Einschnitte bei der Gesundheitsversorgung vorbereiten. Was als „Qualitätsverbesserung“ verkauft wird, wäre der größte Abbau der Gesundheitsversorgung, den es in Österreich je gegeben hat. Weder Personal noch Patientinnen und Patienten haben aus heutiger Sicht etwas Gutes zu erwarten. Denn was zählt, sind vor allem Einsparungen im Landesbudget.

Schon jetzt gibt es in vielen Bereichen viel zu wenig Betten, lange Wartezeiten, überlastetes Personal und keine gleichwertigen Alternativen. Auch im niedergelassenen Bereich sind monatelange Wartezeiten an der Tagesordnung. Woher die Primärversorgungszentren kom-

men sollen, die als Ersatz für die Spitäler in Aussicht gestellt werden, konnte LR Drexler bisher ebenso wenig beantworten wie die Frage ihrer Finanzierung. Sogar eine Privatisierung steht im Raum.

Die Halbierung der Standorte bedeutet auch lange Anfahrtswege für Bedienstete, PatientInnen und deren Angehörige sowie eine weitere Ausdünnung der ländlichen Regionen.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Es gibt bereits jetzt Versorgungsentgüsse. Das Personal ist an der Belastungsgrenze angelangt. Zu befürchten ist, dass uns Sparpakete als Qualitätsverbesserung verkauft werden sollen. Die KPÖ stellt sich nicht gegen



Claudia Klimt-Weithaler

sinnvolle Reformen im Gesundheitswesen. Ziel muss eine lückenlose und hochwertige Gesundheitsversorgung sein, unabhängig von Wohnort und Einkommen.“

# Estag und Energie Graz senken Gaspreis

**KPÖ-FORDERUNG ERFÜLLT – IM MÄRZ NOCH ABSAGE VON SPÖ, ÖVP UND FPÖ**

Der Gaspreisindex der Austrian Energy Agency zeigt, dass die Großhandelspreise für Erdgas in den letzten Monaten geradezu verfallen sind. Die steirischen Haushalte merken davon nicht viel. Die KPÖ forderte im März im Landtag, dass der steirische Energieversorger EStAG seine Tarife senken müsse. Nun reagiert die EStAG endlich, die Energie Graz zieht mit.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg verlangte in der Landtagssitzung am 15. März eine deutliche Senkung des Gastarifs, welche die Entwicklung des Marktpreises widerspiegelt. Vergleichbare Landesenergieversorger bieten Erdgas deutlich billiger an.

Damals erteilten SPÖ, ÖVP und FPÖ dem Anliegen eine Abfuhr. „Die Zeit der Lohn- und Preisabkommen ist vorbei, es gibt

so etwas wie Märkte“, verteidigte ÖVP-LAbg. Pichler-Jessenko die hohen Tarife. „Die EStAG ist ein freies Unternehmen, die Politik hat da keinen Einfluss“, kommentierte der FP-Abgeordnete Anton Kogler die Preispolitik des 75 % im öffentlichen Eigentum stehenden Energieversorgers.

Zwar hat es im Vorjahr eine Preissenkung gegeben, diese erfolgte allerdings vor dem Preisverfall. Die letzte Änderung des Tarifs davor hat die EStAG 2011 vorgenommen, damals wurde der Preis um 7,2 % angehoben, wie der Geschäftsbericht zeigt. Mit der nun angekündigten Senkung ab 1. Oktober wird der Preis um ca. sieben Prozent sinken.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Auch wenn es lange gedauert hat, die EStAG hat nun reagiert und gibt die günstigen Preise zumindest teilweise an die Haushaltskunden weiter. Es ist unverständlich, warum sich die Regierung und auch die FPÖ geweigert haben, für eine Preiskorrektur einzutreten. Die Haushaltskunden machen nur einen Bruchteil des Gasgeschäfts aus, auf die Gewinnanteile des Landes hat eine fairere Tarifpolitik kaum Auswirkungen.“



Werner Murgg



Foto: Manuel Wächter fotolia.at

 Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877 5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: tk@stmk.gv.at // DVR: 0600008

**Offenlegung:** Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

# Probleme um das Glücksspiel: Weiter keine Lösung in Sicht

KPÖ fordert Einschränkung des Glücksspiels in der Steiermark –  
SPÖ und ÖVP stimmten gegen alle Vorschläge

Eine Sachverhaltsdarstellung an die Korruptionsstaatsanwaltschaft war in der Landtagssitzung am 5. Juli Gegenstand einer Dringlichen Anfrage der KPÖ an Landeshauptmann Schützenhöfer. In diesem Dokument werden schwere Vorwürfe gegen das Land Steiermark erhoben: Bei der Vergabe von Glücksspiellizenzen, bei der es um einen dreistelligen Millionenbetrag geht, sei per Weisung eine Firma mit Verbindungen zu SPÖ und ÖVP vorgereicht worden.

Nach einer Neufassung des Glücksspielgesetzes wurden in der Steiermark drei Lizenzen für den Betrieb von rund 1000 Glücksspielautomaten ausgeschrieben, 2015 erfolgte die Vergabe der Genehmigungen. Die Lizenznehmer dürfen ihre Geräte zwölf Jahre lang betreiben, wobei der bundesgesetzliche Rahmen für den Höchsteinsatz und die Zahl der zugelassenen Automaten voll ausgeschöpft wird.

Aufsichtsratschef der PG Enterprise AG, die in der Sachverhaltsdarstellung als auf diese Weise begünstigte Firma dargestellt wird, ist Ex-ÖVP-Wirtschaftslandesrat Herbert Paiert, sein Stellvertreter ist der Anwalt Franz Krainer, Sohn von Ex-ÖVP-Landeshauptmann

Josef Krainer. Im Aufsichtsrat sitzt auch der frühere SPÖ-Bezirkshauptmann von Bruck/Mur, Jörg Hofreiter. Die Firma wurde erst kurz vor Ablauf der Bewerbungsfrist gegründet.

Ein von der Fachabteilung beigezogener externer Gutachter sei gemäß Darstellung, die auch der Staatsanwaltschaft Graz zugestellt wurde, gleichzeitig für eines jener drei Unternehmen tätig, die eine Lizenz erhielten. Dieser Gutachter habe das Bewertungsschema für die Lizenzwerber erstellt. Dieser Sachverhalt wurde vom Land Steiermark nicht dementiert. Diesem Bewertungsschema folgend seien von zwei Abteilungen des Landes unabhängig voneinander Reihungen erstellt worden, die voneinander abwichen. Eine der Abteilungen habe daraufhin das Bewertungsschema kurzfristig geändert und willkürlich neue Kriterien hinzugefügt – nachdem (!) die Unterlagen der Bewerber geöffnet worden waren. Dadurch sei die Reihung der Unternehmen verändert worden.

Landeshauptmann Schützenhöfer stellte in seiner Beantwortung die in der Sachverhaltsdarstellung erhobenen Vorwürfe – mit Ausnahme des befangenen Gutachters im Vorverfahren – im Wesentlichen als falsch hin, ohne auf die in der Anfrage genannten Details

einzuweichen. Nun müsse man auf die Reaktion der Staatsanwaltschaft warten.

## KPÖ fordert Konsequenzen

Die Hinweise auf illegale Vorgänge rund um das Automatenenspiel in der Steiermark werden nicht weniger. Gleichzeitig lässt sich ein beunruhigendes Wachstum der Spielsucht beobachten, die bereits unzählige Existenzen zerstört hat. Mit betroffen sind auch die Angehörigen von Spielsüchtigen, gefördert werden auch kriminelle Handlungsweisen.

Die KPÖ lege deshalb im Anschluss an die Dringliche Anfrage ein Maßnahmenpaket vor, das folgende Punkte beinhaltet:

- Konsequentes Vorgehen gegen illegale Glücksspielautomaten: Die Konsequenz ist meist die Beschlagnahme der illegal aufgestellten Automaten, die umgehend durch neue ersetzt werden. Die Gewinne durch das illegale Spiel sind so hoch, dass die Investition und etwaige Strafen für den Betreiber kaum ins Gewicht fallen. Die Schließung solcher Lokale ab dem zweiten Verstoß wäre sinnvoll.



- Verbot von Wetten während eines laufenden Ereignisses (Live-wetten – vom Gesetz als Geschicklichkeits- und nicht als Glücksspiel eingestuft).

• Verbot von Wetten auf sport-ähnliche Veranstaltungen, die offenkundig vornehmlich zum Abschluss von Wetten ausgetragen werden

- Strenge Reglementierung der Wetten an Wettterminals
- Strengere Kontrollen der Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen in den Wettbüros und Wettcafés

- Ein Verbot der Bewerbung von Sport- und Livewetten
- Um den Folgen der Spielsucht zu begegnen, muss unbedingt die Förderung der Spielsuchtberatung, der Therapie und der Prävention forciert werden.
- Ausstieg der Steiermark aus dem kleinen Glücksspiel nach Wiener Vorbild zum nächstmöglichen Zeitpunkt

SPÖ und ÖVP stimmten gegen sämtliche Vorschläge. Die Fragen sollen von einem Unterausschuss geklärt werden, so der SPÖ-Abgeordnete Lercher.

# Bus und Bahn seit 1. Juli wieder teurer

KPÖ fordert Stopp der Teuerung – SPÖ, ÖVP und FPÖ halten an Preissteigerung fest

Am 1. Juli 2016 hat der Verkehrsverbund die Tarife für den Öffentlichen Verkehr in der Steiermark wieder um 1,6 % angehoben. Dieser Wert liegt erneut deutlich über dem Verbraucherpreisindex. Angesichts der stark gesunkenen Treibstoff- und Energiepreise müssten die Tarife sinken, forderte die KPÖ im Landtag.

Die Teuerung bei den im Verbund zusammengeschlossenen Verkehrsunternehmen liegt jedes Jahr weit über der Teuerungsrate. Grundlage da-

für ist eine Vereinbarung aller im Verbund vereinigten Unternehmen, jährlich Preiserhöhungen bis zum 1,75-Fachen des Verbraucher-

preisindexes durchzuführen. Lediglich die Landeshauptstadt Graz hat unter dem Druck der KPÖ den Preis für die Jahreskarte deutlich gesenkt.



Die KPÖ fordert seit langem, dass die vom Land Steiermark in den Lenkungsausschuss entsendeten Mitglieder gegen die geplante Tarifierhöhung stimmen. Eine Vertragsänderung ist überfällig, um die jährlichen Preisanhebungen zu stoppen. Ein entsprechender Antrag wurde SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt. KPÖ-Labg. Claudia

Klimt-Weithaler: „In Zeiten großer Belastungen für die Bevölkerung und der Feinstaubproblematik im Großraum Graz ist eine automatische Teuerung unzumutbar. Günstige Energiepreise müssen an die Bevölkerung weitergegeben werden. Insbesondere Pendlerinnen und Pendler werden benachteiligt, wenn sie öffentliche Verkehrsmittel verwenden. Das Land muss endlich seinen Einfluss geltend machen und diese Regelung zu Fall bringen, anstatt die nicht gerechtfertigte Teuerung durchzuwinken.“

# Gewinne statt Arbeit besteuern!

LAbg. Murgg: „Sozialstaat langfristig absichern“

In Österreich herrscht Rekordarbeitslosigkeit. Viele Arbeitsplätze sind so schlecht bezahlt, dass Menschen trotz Vollzeitarbeit auf Sozialleistungen angewiesen sind und kaum Beiträge zum Sozialsystem leisten können. Je mehr Menschen auf Sozialleistungen angewiesen sind, desto weniger Geld ist für deren Finanzierung vorhanden.

Die KPÖ tritt deshalb für eine Wertschöpfungsabgabe als neuen Weg der Finanzierung des Gesundheits- und Sozialsystems ein. Dies würde die Steuerlast auf Arbeit verringern und zu einer gerechteren Verteilung des erwirtschafteten Wohlstands führen. Neoliberale Kräfte fordern dagegen offen die Einführung eines Niedriglohnssektors in Österreich bei gleichzeitiger Kürzung der Mindestsicherung. Das würde aber kein einziges Problem lösen, sondern viele neue schaffen. Denn Billigjobs führen nicht zu einer solideren Finanzierung des Pensions- und Gesundheitssystems, sondern zu einer Abhängigkeit immer mehr Menschen von Sozialleistungen („working poor“).

Um die Finanzierung der Daseinsvorsorge langfristig zu sichern und dabei gleichzeitig gerechter zu gestalten, sollte deren Finanzierung auf eine neue Grundlage in Form einer Wertschöpfungsabgabe gestellt werden. Die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und der Gesundheitsvorsorge beruht derzeit größtenteils auf Abgaben auf die Arbeitseinkommen. Konjunktur und Arbeitslosigkeit sowie die Entwicklung von Löhnen und Gehältern sind also entscheidend. Da in Österreich die Erwerbseinkommen schon seit Jahren stagnieren bzw. sogar zurückgehen, bildet das derzeitige System eine denkbar schlechte finanzielle Basis.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Unternehmen profitieren davon, dass sie den Beschäftigten immer weniger bezahlen. Menschliche Arbeitskraft wird verstärkt durch Maschinen ersetzt. Wenn nicht gegengesteuert wird, werden wir aus dem

Teufelskreis von Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und niedrigen Einkommen nicht ausbrechen. Das Sozialsystem braucht eine sichere Grundlage. Es ist dringend nötig, diese Diskussion jetzt zu führen und sie nicht auf die lange Bank zu schieben.“

Rund zwei Drittel der Sozialausgaben werden derzeit aus Sozialversicherungsbeiträgen finanziert, das restliche Drittel aus allgemeinen Steuern. Dieses Verhältnis hat sich in den letzten Jahrzehnten kaum verändert. Deutlich verändert hat sich hingegen die Zusammensetzung der Steuereinnahmen: Ein immer größerer Teil entfällt auf die Lohnsteuer, während die Unternehmenssteuern zurückbleiben. Dieser Tendenz zu Ungunsten der arbeitenden Menschen kann durch eine Wertschöpfungsabgabe entgegengewirkt werden.

Jährlich steigende Produktivitätszuwächse und gleichzeitig sinkende Anteile von Löhnen und Gehältern am Volkseinkommen führen zu einer Benachteiligung von arbeits- und forschungintensiven Betrieben,



während kapital- und energieintensive Betriebe überproportional bevorzugt werden. Der Rationalisierungsdruck wird dadurch verstärkt. Durch die Einbeziehung von Gewinnen, Abschreibungen, Fremdkapitalzinsen, Pachten, also wertschöpfungsbezogenen Abgaben, könnte die Bemessungsgrundlage für Abgaben, aus denen essenzielle Sozialleistungen finanziert werden,

erheblich verbreitert werden.

Die Vorteile lägen nicht nur in einer größeren Stabilität, sondern auch in einer höheren Beschäftigungsfreundlichkeit. Eine Wertschöpfungsabgabe beseitigt die allseitig beklagte einseitige Belastung des Faktors Arbeit. Die Leistungsfähigkeit des Unternehmens würde zum Gradmesser werden, und nicht, wie bisher, allein die Lohnsumme.

Einen schönen Urlaub wünscht



Einen schönen Sommer und einen erholsamen Urlaub wünscht der KPÖ Landtagsklub:

Claudia Klimt-Weithaler,  
Werner Murgg,  
Karin Reimelt,  
Georg Fuchs,  
Karin Gruber,  
Anita Kniehly,  
Alexander Melinz





## Landtag: Oppositionsrechte eingeschränkt

SPÖ, ÖVP und FPÖ haben im Verfassungsausschuss des Steiermärkischen Landtags das Minderheitenrecht auf die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses stark eingeschränkt. Das wird gegenüber der Öffentlichkeit trotzdem als „Verbesserung der Minderheitenrechte“ verkauft.

Besonders bedenklich ist, dass die Mehrheit bestimmt, wie ein Untersuchungsausschuss zusammengesetzt ist. Gleichzeitig findet eine Befris-

tung auf zwölf Monate statt. Die Mehrheit kann künftig verhindern, dass wichtige Zeugen eingeladen werden und auch Beweismittel per Mehrheitsbeschluss unterdrücken.

Die Öffentlichkeit bleibt von Untersuchungsausschüssen ausgeschlossen. Abgeordnete dürfen künftig nur noch einen Untersuchungsausschuss unterstützen, solange dieser nicht abgeschlossen ist.

Durchgesetzt wurde auch die generelle Beschränkung der

Redezeit auf zehn Minuten im Landtag. Ein Vorteil für große, ein Nachteil für kleine Fraktionen. Die KPÖ wird im Landtag gegen die Verfassungsänderung stimmen.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Eine bestehende Regelung wird nun mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ verschlechtert. Die Regierungsparteien verkaufen Erleichterungen für sich selbst als Verbesserung der Minderheitenrechte.“